

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Planung und Hochbau

Sitzung: Mittwoch, 14.05.2025

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 19:20 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Detlef Kühn - SPD

Mitglieder

Frau Lisa-Marie Jalyschko - B90/GRÜNE

Frau Susanne Hahn - SPD

Vertretung für: Herrn Burim Mehmeti

Frau Annette Johannes - SPD

Herr Ulrich Volkmann - SPD

bis 17:57 Uhr

Herr Rochus Jonas - B90/GRÜNE

Frau Sabine Kluth - B90/GRÜNE

Frau Heidemarie Mundlos - CDU

Frau Antoinette von Gronefeld - CDU

Herr Thomas Behrens - Die FRAKTION. BS

weitere Mitglieder

Frau Silke Arning - BIBS

Herr Carsten Lehmann - FDP

Herr Stefan Wirtz - AfD

Vertretung für: Frau Anneke vom Hofe

sachkundige Bürger

Herr Andreas Becker - SPD

bis 18:00 Uhr

Herr Hans-Joachim Jäger - CDU

Herr Leonhard Pelster - SPD

Frau Dr. Eva Godlik - Vertreterin der Umweltverbände

Herr Detlev Lunge - Behindertenbeirat Braunschweig

Vertretung für: Herrn Thomas Martin; bis 19:12 Uhr

Gäste

Herr Karlheinz Günther - Seniorenrat Braunschweig

Frau Ingeborg Jäger - B90/GRÜNE

Herr Dr. Volker Lang - BS|Energy

Herr Frank Täubert - CDU

Verwaltung

Herr Heinz-Georg Leuer - Dezernent III

Herr Dirk Franke - FBL 65

Frau Katja Sellmann - stellv. RefL 0600

Vertretung für: Frau Bianca Winter

Frau Nicole Froberg - stellv. Ref. 0610

Frau Katja Langer - RefL 0650

Herr Hermann Mensink - StL 61.31

Herr Rainer Mollerus - AbtL 61.1

Herr Jens Neugebauer-Koschel - Sachgebiet 65.02 SG 1

Herr Bernd Schmidbauer - FBL 61

Herr Filip Snieg - Stelle 61.31

Protokollführung

Frau Pauline Becker - Ref 0600

Herr Holger Ender - Ref 0600

Abwesend

Mitglieder

Herr Burim Mehmeti - SPD

entschuldigt

Herr Gerrit Stühmeier - CDU

entschuldigt

weitere Mitglieder

Frau Anneke vom Hofe - AfD

entschuldigt

sachkundige Bürger

Frau Maike Schwarz - CDU

entschuldigt

Herr Amir Touhidi - B90/GRÜNE

entschuldigt

Verwaltung

Frau Bianca Winter - RefL 0600

entschuldigt

Herr Thomas Gekeler - FBL 68

entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 14.03.2025 (öffentlicher Teil)
- 3 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 24.03.2025 (öffentlicher Teil)
- 4 Mitteilungen

4.1	Vorstellung Energiekonzept Wenden-West durch Dr. Volker Lang als Vorstand der BS Energy	
4.2	Bericht Gestaltungsbeirat: 1. - 3. Sitzung	25-25702
4.3	Mündliche Mitteilungen	
5	Beschluss über den Jahresabschluss 2021 gemäß § 129 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)	25-25717
6	163. Änderung des Flächennutzungsplanes "Friedhof Weststadt" Stadtgebiet zwischen der Straße Am Lehmanager, Rudolph-Steiner-Straße, A 391 und Kleingartenverein Lehmanager Behandlung der Stellungnahmen, Planbeschluss	25-25409
7	Bebauungsplan "Friedhof Weststadt", WI 114 Stadtgebiet zwischen der Straße Am Lehmanager, Rudolph-Steiner-Straße, A 391 und Kleingartenverein Lehmanager Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss	25-25283
8	Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Sackringviertel", AP 27 Stadtgebiet zwischen Sackring, Bruderstieg, Marenholtzstraße und Tuckermannstraße Aufstellungsbeschluss	25-25509
9	160. Änderung des Flächennutzungsplanes "Rautheim-Möncheberg" Stadtgebiet nördlich des Rautheimer Holzes bzw. der Straße Am Rautheimer Holze, östlich des Mönchewegs, südlich des Lehmwegs und westlich der Ortslage Rautheim und zwischen dem Umspannwerk am Möncheweg und der Kleingartenanlage K.V. Lindenberg V Beschluss über die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB	25-25562
9.1	160. Änderung des Flächennutzungsplanes "Rautheim-Möncheberg" Stadtgebiet nördlich des Rautheimer Holzes bzw. der Straße Am Rautheimer Holze, östlich des Mönchewegs, südlich des Lehmwegs und westlich der Ortslage Rautheim und zwischen dem Umspannwerk am Möncheweg und der Kleingartenanlage K.V. Lindenberg V Beschluss über die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB	25-25562-01
10	Fördergebiet "Soziale Stadt - Donauviertel" Ausbau des Verbindungsweges zwischen der Donaustraße und Im Wasserkamp	25-25417
11	Sachantrag Windenergie Geitelde	25-25254-02
12	Sanierungsgebiet Soziale Stadt - Westliches Ringgebiet: Baumpflanzungen auf Spielplätzen	25-25484
13	Vereinsgebäude Sportanlage Meverode, Teilsanierung	25-25667

Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss

14	Auftragserweiterung Gymnasium Kleine Burg, 2. BA Brandschutzsanierung durch eine Maßnahmenenerweiterung für eine bessere Entfluchtung, Barrierefreiheit und Raumnutzung hier: Kostenerhöhung	25-25655
15	Naumburgstraße, Erneuerung des Versorgungsnetzes (Fernwärme, Trinkwasser, Elektro) Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss	25-25627
16	Sanierungsgebiet "Soziale Stadt - Westliches Ringgebiet" - Ersatzgebäude Westbahnhof 1 Mütterzentrum Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss	25-25707
17	Anfragen	
17.1	Sanierung und Umbau Altgebäude GS Querum - eine Chance für die IGS Querum?	25-25504
17.1.1	Sanierung und Umbau Altgebäude GS Querum - eine Chance für die IGS Querum?	25-25504-01
17.2	Sanierung der Tiefgarage Packhof	25-25744
17.2.1	Sanierung der Tiefgarage Packhof	25-25744-01
17.3	Risiken und offene Fragen beim Projekt Stiftshöfe/Burgpassage	25-25534
17.3.1	Risiken und offene Fragen beim Projekt Stiftshöfe/Burgpassage	25-25534-01
17.4	Erweiterung der Räumlichkeiten der Heimatpfleger	25-25755
17.4.1	Erweiterung der Räumlichkeiten der Heimatpfleger	25-25755-01
17.5	Windenergieanlagen-Repowering bei Geitelde	25-25756
17.5.1	Windenergieanlagen-Repowering bei Geitelde	25-25756-01
17.6	Mündliche Anfragen	

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Kühn eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

Er informiert, dass Ratsherr Mehmeti durch Ratsfrau Hahn und Ratsfrau vom Hofe durch Ratsherrn Wirtz vertreten wird. Er teilt außerdem mit, dass Ratsherr Stühmeier und Bürgermitglied Schwarz entschuldigt fehlen. Herr Martin vom Behindertenbeirat Braunschweig wird durch Herrn Lunge vertreten.

Der Ausschussvorsitzende kündigt als Gast der Sitzung Herrn Dr. Lang als Vorstand der BS|Energy (zu TOP 4.1) an. Zudem heißt er Frau Jäger, als stellvertretende Bezirksbürgermeisterin des Stadtbezirks 212 (zu TOP 9) und Herrn Herrmann als Sprecher des Zweckbündnisses „Gegen Windriesen“ (zu TOP 11) willkommen.

Anschließend schlägt der Ausschussvorsitzende vor, die Beratungsreihenfolge der Tagesordnung zu ändern und die TOPs 9 und 11 im Anschluss an den TOP 4.1 zu behandeln, um für die anwesenden Gäste Wartezeiten zu reduzieren. Er lässt über seinen Vorschlag abstimmen.

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Kühn informiert über eine Sondersitzung dieses Ausschusses am 23.05.2025 um 16 Uhr zum Thema „Kooperatives Wettbewerbsverfahren BO-MA+“.

Ratsfrau Mundlos teilt mit, dass Ratsherr Täubert als Zuhörer ebenfalls zu TOP 9 an der Sitzung teilnimmt.

Ratsfrau Kluth bittet um zeitnahe Veröffentlichung der Audioaufzeichnung der Sitzung am 23.05.2025.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Jalyschko zum Termin der zusätzlichen Sitzung erklärt Stadtbaurat Leuer, dass eine Sitzung am Tag des Verwaltungsausschusses nicht möglich ist.

Abstimmungsergebnis zur Tagesordnung:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 14.03.2025 (öffentlicher Teil)

Frau Dr. Goclik bittet darum die Protokollierung ihres Wortbeitrags aus der Sitzung vom 14.03.2025 zu TOP 12 „Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Trakehnenstraße/Breites Bleek-Neu", ST 84 Stadtgebiet zwischen Trakehnenstraße, Breites Bleek, Springbach, A 36 und dem Gewerbegebiet Senefelderstraße Aufstellungsbeschluss“ wie folgt anzupassen.

Frau Dr. Goclik regt an, im Baugebiet keine Wärmeversorgung durch Fernwärme umzusetzen, da diese auf der Verbrennung von Altholz basiert und die Vorlauftemperatur für die modernen Gebäude zu hoch ist. Alternativ könnten die Wärmenetze hydraulisch getrennt werden, um die Energie aus dem Rücklauf zu nutzen.

Das Protokoll (öffentlicher Teil) wird mit dieser Änderung genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 8 dagegen: 0 Enthaltungen: 2

3. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 24.03.2025 (öffentlicher Teil)

Das Protokoll (öffentlicher Teil) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 8 dagegen: 0 Enthaltungen: 2

4. Mitteilungen

4.1. Vorstellung Energiekonzept Wenden-West durch Dr. Volker Lang als Vorstand der BS|Energy

Herr Dr. Lang als Vorstand der BS|Energy stellt das Konzept zur Wärmeversorgung im Bau-gebiet Wenden-West anhand einer Präsentation vor.

Protokollnotiz: Auf Wunsch des Ausschussvorsitzenden Rats Herrn Kühn wurde die Präsentation diesem Protokoll als Anlage 1 beigelegt.

Auf Nachfrage von Rats Herrn Kühn teilt Herr Dr. Lang mit, dass das geplante Biomethan-blockheizkraftwerk neu erbaut wird und noch nicht in diesem Bereich besteht.

Auf Nachfrage von Rats Frau von Gronefeld erklärt Herr Dr. Lang, dass die Aufgabe des Besicherungskessels darin besteht, die Wärmeversorgung auch im Falle eines Ausfalls von 1 - 2 Anlagen sicherzustellen. Dazu wird in den Kesseln Biomethan eingesetzt, um Wärme zu erzeugen.

Rats Frau Arning stellt Nachfragen zum Standort der Wärmepumpe, zur Warmwasserversorgung, zur Nutzung von Solarenergie, zum Anschlusszwang sowie zum Biomethanblockheizkraftwerk.

Herr Dr. Lang teilt daraufhin mit, dass die Wärmepumpe zentral unter einer Grünfläche gelagert sein wird, sodass die Fläche nutzbar ist. Die Warmwasserversorgung erfolgt integriert, ebenfalls über die Wärmepumpe. Voraussichtlich wird die Warmwasserversorgung durch Solarthermie auf Betriebsgebäuden ergänzt. Zudem ist denkbar Strom aus Freiflächen-Photovoltaikanlagen in direkter räumlicher Umgebung zu nutzen. Laut Herrn Dr. Lang besteht für die Gebäude, bei denen es energiewirtschaftlich sinnvoll ist, ein Anschlusszwang. Es gibt eine genaue Definition, wonach bestimmte Gebäude nicht angeschlossen werden müssen (z. B. Einfamilienhäuser). Hinsichtlich der Speisung des Biomethanblockheizkraftwerks teilt Herr Dr. Lang mit, dass diese über das allgemeine Gasnetz erfolgt.

Auf die Nachfragen von Rats Herrn Jonas zu geologischen Erkundungsbohrungen, den Energie- und Stromtarifen, der Einspeisung von Überschussenergie in das Bestandsnetz sowie zur Größe eines Besicherungskessels teilt Herr Dr. Lang, dass Sondierungen im Zuge der Vorbereitung auf die geplante mitteltiefe Geothermie (100 - 200 m) erfolgt sind. Er erklärt sodann, dass keine wirtschaftliche Verbindung mit dem Fernwärmenetz möglich wäre und daher auch keine Einspeisung von Überschussenergie möglich ist. Er unterstreicht, dass die Stromversorgung komplett getrennt stattfindet. Die Höhen der Energie- und Stromtarife werden ähnlich der Tarife außerhalb des Gebiets Wenden-West ausfallen. Hinsichtlich der Leistung eines Besicherungskessels geht Herr Dr. Lang von ca. 2 - 3 Megawatt aus.

Frau Dr. Goclik begrüßt das vorgestellte Konzept. Zu ihrer Nachfrage hinsichtlich der Rückführung von Wärme in den Erdboden teilt Herr Dr. Lang mit, dass die Wärme dem Boden über Sonden entzogen wird und es theoretisch passieren kann, dass so viel Wärme entzogen wird, dass die Temperatur in der Tiefe sinkt. Für einen solchen Fall, ist es möglich, die Wärme zurückzuführen. In dem geschlossenen System zirkuliert dabei Wasser.

Auf ihre weitere Nachfrage zur energetischen Anbindung weiterer Gebäude erklärt Herr Dr.

Lang, dass ein Anschluss der Gewerbetreibenden denkbar ist und im weiteren Verlauf geprüft wird.

Ratsfrau Mundlos möchte wissen, inwieweit das Konzept ausbaufähig ist und auf andere Bereiche angewendet werden kann. Herr Dr. Lang erläutert, dass die Versorgung weiterer Liegenschaften grundsätzlich denkbar ist (z. B. Schulen), dies muss allerdings im Einzelfall geprüft werden. Erforderlich sind dazu Investoren und die Neuentstehung von Gebäuden.

Herr Dr. Lang teilt auf die Nachfrage von Ratsherrn Kühn zu den Tarifen der E-Ladestationen mit, dass Personen in Einfamilienhäusern den eigens produzierten Strom direkt benutzen können. Über ein Mieterstrommodell oder gemeinschaftliche Gebäudeversorgung bieten sich ähnlich Möglichkeiten auch für andere Wohnformen.

Auf die Nachfrage von Ratsherrn Jonas bestätigt Herr Dr. Lang, dass Biomethan-Zertifikate mit Nachhaltigkeitsnachweisen eingekauft werden, welche anschließend bilanziell eingesetzt werden. Eine Biogasanlage vor Ort ist nicht geplant. Ratsherr Jonas betont darauf hin, dass ein Gasgemisch verbrannt wird.

Zur Nachfrage von Bürgermitglied Jäger hinsichtlich der Wärmepreise für Personen die im komplexen Wohnungsbau leben, erklärt Herr Dr. Lang, dass die Wärmepreise in Abwägung verschiedener Aspekte (z. B. Bezahlbarkeit, Umweltfreundlichkeit, etc.) entstehen und voraussichtlich etwas über den Preisen des Fernwärmenetzes liegen werden.

Der überwiegende Teil der Wärmeversorgung wird über die Erdwärmesonden abgedeckt, ggf. wird es zusätzlich eine zentrale Wärmepumpe geben, von der keine Geräuscentwicklung zu erwarten ist, teilt Herr Dr. Lang auf die Nachfrage von Ratsherrn Wirtz mit.

Ratsfrau Kluth fragt allgemein nach, ob es eine gesamtgeologische Betrachtung für die Stadt Braunschweig gibt. Im Zusammenhang mit der kommunalen Wärmeplanung wäre das ihrer Meinung nach interessant. Stadtbaurat Leuer sagt eine Antwort dazu in einer der nächsten Sitzungen zu.

Ergebnis:

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

- | | | |
|-------------|--|--------------------|
| 9. | 160. Änderung des Flächennutzungsplanes "Rautheim-Möncheberg"
Stadtgebiet nördlich des Rautheimer Holzes bzw. der Straße Am Rautheimer Holze, östlich des Mönchewegs, südlich des Lehmwegs und westlich der Ortslage Rautheim und zwischen dem Umspannwerk am Möncheweg und der Kleingartenanlage K.V. Lindenberg V
Beschluss über die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB | 25-25562 |
| 9.1. | 160. Änderung des Flächennutzungsplanes "Rautheim-Möncheberg"
Stadtgebiet nördlich des Rautheimer Holzes bzw. der Straße Am Rautheimer Holze, östlich des Mönchewegs, südlich des Lehmwegs und westlich der Ortslage Rautheim und zwischen dem Umspannwerk am Möncheweg und der Kleingartenanlage K.V. Lindenberg V
Beschluss über die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB | 25-25562-01 |

Stadtbaurat Leuer führt in die Vorlage 25-25562 in der Fassung der Ergänzungsvorlage 25-25562-01 ein.

Er gibt dabei zunächst einen groben Überblick über die Änderung des Flächennutzungs-

plans. Anschließend geht er detailliert auf die darauf aufbauenden Informationen aus der Ergänzungsvorlage zur weiteren Behandlung auf Ebene des Bebauungsplanes ein. Die Ergänzungen speisen sich aus Wünschen des Stadtbezirksrates 212 und dieses Ausschusses im Rahmen des Aufstellungsbeschlusses.

Stadtbaurat Leuer stellt dar, dass die Erweiterung der Sportflächen im engen Austausch mit der Sportverwaltung stattfindet. Das zusätzliche Rasenspielfeld soll im räumlichen Zusammenhang mit der bestehenden Anlage ermöglicht werden. Die für die Zweifeldsporthalle eruierte Fläche ist gut erreichbar und der Aufstellungsbeschluss des erforderlichen Bebauungsplans soll in Kürze erfolgen.

Die Überlegungen zum Standort des Feuerwehrgerätehauses sind in enger Abstimmung mit der Hauptfeuerwehr und dem Fachbereich Feuerwehr erfolgt. Von der Feuerwehr wird der geplante Standort begrüßt.

Ein Volksfestplatz kann u. a. aus Emissionsschutzgründen nicht im Quartier untergebracht werden. Ein möglicher guter Standort befindet sich allerdings nördlich, außerhalb des Bebauungsplans-Gebiets, in der Nähe des Sportplatzes.

Stadtbaurat Leuer weist darauf hin, dass die durch diesen Ausschuss erbetene Wohnungsbedarfsprognose vorgelegt wurde.

Er hebt hervor, dass die Themen Quartiersgaragen (zur Umsetzung eines autoarmen Quartiers) und Infrastruktur (z. B. Kita, Grundschule) für den Bebauungsplan vorgemerkt sind und ein Familienzentrum/Nachbarzentrum möglich sein wird, in der Änderung des Flächennutzungsplans allerdings nicht abbildbar ist. Flächen für den Einzelhandel wurden laut Stadtbaurat Leuer ganz bewusst nicht im Bebauungsplan festgeschrieben. Der Bebauungsplan bietet so die Möglichkeit für das Gebiet versorgenden Einzelhandel, schreibt ihn aber nicht vor.

Abschließend weist er darauf hin, dass die gleichzeitige Fertigstellung der Stadtbahn mit dem Bebauungsplan nicht genau prognostiziert werden kann.

Ratsherr Kühn hebt als Bezirksbürgermeister des Stadtbezirksrates 212 erneut den Bedarf der Sportflächen hervor. Sofern der Bebauungsplan für die Zweifeldsporthalle zeitnah vorgelegt wird, spricht aus seiner Sicht nichts mehr gegen die Änderung des Flächennutzungsplans.

Zudem bittet er um eine Verbesserung der Kommunikation zwischen dem Fachbereich Feuerwehr und der Ortsfeuerwehr und schlägt vor, die Formulierung „[...] und ein Feuerwehrgerätehaus [...]“ aus Anlage 2, Begründung mit Umweltbericht, Seite 7 zu streichen. Sofern der geplante Standort die Zustimmung der Feuerwehr hat, hat Ratsherr Kühn keine Bedenken.

Er teilt mit, dass im Stadtbezirksrat 212 der Wohnraumbedarf angezweifelt wird, ist allerdings der Meinung, dass dieser anhand von Gutachten belegt wurde.

Darüber hinaus bezieht Ratsherr Kühn sich auf die vorgesehene gemischte Baufläche, die im Stadtbezirksrat ebenfalls kritisch gesehen wird und regt an, stattdessen reine Wohnfläche auszuweisen, wie es in anderen Bebauungsplänen der Fall ist.

Stadtbaurat Leuer begründet die gemischte Baufläche und sichert zu, dass alle Details im weiteren Bebauungsplanverfahren vorliegen werden.

Daraufhin stellt der Ausschussvorsitzende Ratsherr Kühn fest, dass Einvernehmen darüber besteht, dass Frau Jäger als stellvertretende Bezirksbürgermeisterin und Ratsherr Täubert angehört werden.

Ratsfrau Mundlos ist der Meinung, dass die Ausgangsvorlage die gewünschten Infrastrukturelemente nicht abdeckt und ist auch mit der Ergänzungsvorlage nicht abschließend zufrieden.

den. Sie kritisiert zudem, dass die Änderung des Flächennutzungsplans und die Aufstellung des Bebauungsplans diesem Ausschuss nicht zusammen vorgelegt werden.

Vor diesen Hintergründen stellt Ratsfrau Mundlos einen Antrag auf Zurückstellen der Vorlage, da die Ergänzungsvorlage erst kurzfristig vorlag und somit noch kein Austausch innerhalb der Fraktion und mit dem Stadtbezirksrat möglich war. Dies ist ihrer Meinung nach auch bis zur bereits angekündigten Sondersitzung am 23.05.2025 nicht möglich.

Ratsfrau Jalyschko schließt sich Ratsfrau Mundlos an und hebt hervor, dass die Änderung des Flächennutzungsplans und der Bebauungsplan in anderen Verfahren oftmals gleichzeitig vorlagen. Ihrer Meinung nach ist es schwierig dem Flächennutzungsplan zuzustimmen, ohne den Bebauungsplan zu kennen. Sie unterstützt außerdem die Kritik durch Rats Herrn Kühn an der gemischten Baufläche.

Rats Herr Jonas bittet um Aktualisierung der Übersicht „Siedlungsentwicklung“ und um Aufarbeitung in tabellarischer Form. Konkret stellt er folgende Fragen:

Wie viele Wohneinheiten sind im Stadtgebiet Braunschweig derzeit

1. geplant (z. B. im Rahmen laufender Bebauungsplanverfahren oder nach § 34 BauGB),
2. genehmigt, aber noch nicht baulich umgesetzt,
3. erschlossen und baulich vorbereitet, jedoch noch nicht fertiggestellt, sowie
4. bereits baulich realisiert (seit Aufstellung entsprechender Baugebiete, z. B. ab dem Jahr 2015)?

Stadtbaurat Leuer unterstreicht, dass der Flächennutzungsplan als vorbereitender Bauleitplan immer vor dem Bebauungsplan beschlossen wird, da die Planung vom Groben ins Detail verläuft. Bei der Flächennutzungsplan-Neuaufstellung wird dies ersichtlich. Nur bei erforderlichen Flächennutzungsplanänderungen fallen aufgrund von Verfahrensabläufen die Beschlüsse meist in eine Sitzung. Er weist darauf hin, dass der Beschluss der Flächennutzungsplanänderung in dieser Sitzung für die weiteren Zeitabläufe wichtig ist.

Ratsfrau Arning unterstützt den Antrag auf Zurückstellen von Ratsfrau Mundlos. Sie teilt außerdem mit, dass ihre Fraktion die Notwendigkeit des Baugebiets, aufgrund bundesweiter Prognosen der Einwohnerzahlen, nicht nachvollziehen kann. Vor diesem Hintergrund unterstützt sie die Bitte von Rats Herrn Jonas um Aktualisierung der Übersicht „Siedlungsentwicklung“.

Frau Dr. Goclik richtet die Bitte an die Ausschussmitglieder, das Baugebiet als solches noch einmal zu überdenken. Sie weist auf die Auswirkungen auf das Fauna-Flora-Habitat-Gebiet hin, welches bereits von verschiedenen Seiten beeinträchtigt wird. Durch das neue Baugebiet wird sich der bereits hohe Besucherdruck ihrer Meinung nach um 20 % erhöhen.

Der Ausschussvorsitzende Rats Herr Kühn erteilt der stellvertretenden Bezirksbürgermeisterin Frau Jäger das Wort. Sie gibt Fragen und Bedenken aus dem Stadtbezirksrat 212 wieder. Neben bereits in der Diskussion erwähnten Punkten geht sie u. a. auf die Eigentumsverhältnisse der betreffenden Grundstücke, die Verkehrsplanung, welche einen zusätzlichen Verkehr erwarten lässt und die Fertigstellung des Entwässerungsgutachtens ein. Sie kritisiert, dass aus zwei erfolgten Bürgerbeteiligungen, nach ihrem Stand keine Informationen in die Planung eingeflossen sind.

Rats Herr Kühn weist darauf hin, dass viele der vorgetragenen Fragen bereits durch die Verwaltung beantwortet wurden. Er erteilt sodann Rats Herrn Täubert das Wort.

Rats Herr Täubert weist darauf hin, dass die Stadtbezirksratsfraktion nicht generell gegen die Entwicklung des Baugebiets ist. Seine Anmerkungen orientieren sich an dem Votum der Rautheimer Vereine und Institutionen. Neben bereits aufgeführten Aspekten, weist er auf den Wegfall der Buslinie hin, was eine Verschlechterung für die BewohnerInnen darstellt. Die Ergänzungsvorlage ist seiner Meinung nach ein Schritt in die richtige Richtung.

Ausschussvorsitzender Kühn kündigt den Vorschlag der Verwaltung an, die Sitzung kurzzeitig für ein Gespräch zwischen der Verwaltung und den Fraktionssprechern zu unterbrechen.

Ratsherr Wirtz erinnert an den von Frau Mundlos gestellten Antrag auf Zurückstellen. Rats herr Kühn teilt daraufhin mit, dass darüber nach der Sitzungspause beschlossen werden soll.

Protokollnotiz: Ausschussvorsitzender Rats herr Kühn unterbricht die Ausschusssitzung für eine Sitzungspause von 16:56 - 17:24 Uhr.

Nach dem Gespräch teilt Rats herr Kühn mit, dass Stadtbaurat Leuer die Fraktionssprecher genauer über die einzuhaltenden Fristen informiert hat. Ein Zurückstellen auf die nächste reguläre Sitzung am 18.06.2025 wäre nicht auskömmlich. Daher schlägt Rats herr Kühn in Abstimmung mit der Verwaltung und den Fraktionssprechern eine Sondersitzung am Dienstag, den 03.06.2025, um 10 Uhr vor. Er stellt fest, dass Einvernehmen besteht, den Termin stattfinden zu lassen.

Rats frau Mundlos bedankt sich für die Kompromissbereitschaft bei der Verwaltung und erklärt, dass bis zur Sondersitzung nun genug Zeit zum Austausch mit den BürgerInnen und dem Stadtbezirksrat besteht.

Stadtbaurat Leuer bedankt sich ebenfalls.

Der Ausschussvorsitzende Rats herr Kühn lässt über den Antrag auf Zurückstellen abstimmen.

Auf Nachfrage von Rats frau Mundlos bestätigt Stadtbaurat Leuer, dass die Sondersitzung am 23.05.2025 ebenfalls stattfindet.

Beschluss zu Vorlage 25-25562:

- ~~1. Dem Entwurf der 160. Änderung des Flächennutzungsplanes „Rautheim-Möncheberg“ sowie der Begründung mit Umweltbericht wird zugestimmt.~~
- ~~2. Zu den Entwürfen ist die Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) zu beteiligen.~~

Ergebnis zu Vorlage 25-25562:

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Beschluss zu Vorlage 25-25562-01:

- ~~1. Dem Entwurf der 160. Änderung des Flächennutzungsplanes „Rautheim-Möncheberg“ sowie der Begründung mit Umweltbericht wird zugestimmt.~~
- ~~2. Zu den Entwürfen ist die Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) zu beteiligen.~~

Abstimmungsergebnis (zum Antrag auf Zurückstellen):

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

11. Sachantrag Windenergie Geitelde	25-25254-02
17.5. Windenergieanlagen-Repowering bei Geitelde	25-25756
17.5.1. Windenergieanlagen-Repowering bei Geitelde	25-25756-01

Aufgrund des Sachzusammenhangs schlägt der Ausschussvorsitzende Rats herr Kühn vor, die Anfrage 25-25756 mit der Vorlage 25-25254-02 zusammen zu behandeln.

Stadtbaurat Leuer führt in die Vorlage 25-25254-02 ein.

Der Ausschussvorsitzende stellt fest, dass Einvernehmen darüber besteht, den Sprecher des Zweckbündnisses „Gegen Windriesen“ Herrn Herrmann zum Beratungsgegenstand zu hö-

ren.

Herr Hermann gibt die Bedenken der Anwohnenden wieder und weist darauf hin, dass sie die bereits bestehenden Windenergieanlagen (WEA) tolerieren. Über viele Jahre mussten sich die Anwohnenden an die Abrissgeräusche und Schlagschatten gewöhnen. Dass die neuen WEA allerdings deutlich größer ausfallen sollen, ist seiner Ansicht nach nicht mehr tolerierbar. Er hebt hervor, dass der Abstand zur Wohnbebauung eingehalten werden könnte, sofern die WEA auf der Fläche des möglichen interkommunalen Gewerbegebiets errichtet würden. Dies wäre aus seiner Sicht zudem ein Gewinn für die Stadt Braunschweig und die Landwind GmbH. Abschließend weist er darauf hin, dass sich das Zweckbündnis „Gegen Windriesen“ nicht grundsätzlich gegen Windenergie ausspricht.

Ratsfrau von Gronefeld teilt mit, dass sich die CDU-Fraktion nicht in der Lage sieht über die Vorlage zu entscheiden, bis nicht eine genauere Prüfung des vorgeschlagenen Standorts auf der für das interkommunale Gewerbegebiet vorgesehenen Fläche erfolgt ist. Vor diesem Hintergrund stellt sie einen Antrag auf Zurückstellen der Vorlage.

Ratsfrau Arning hebt hervor, dass sich die von Herrn Herrmann vorgebrachten 267 m Höhe auf die Flügelspitze beziehen. Zudem geht sie darauf ein, dass es strenge gesetzliche Vorgaben zur Beeinträchtigung durch Schlagschatten und zu Lärmemissionen gibt. Sie weist außerdem darauf hin, dass die Verwaltung die Genehmigung zu erteilen hat, sofern die Voraussetzungen vorliegen, da es sich um eine gebundene Entscheidung handelt.

Ratsfrau Jalyschko befürwortet grundsätzlich das Repowering von WEA und unterstützt die Aussage von Ratsfrau Arning, dass enge gesetzliche Regelungen bestehen. Zudem hebt sie positiv den finanziellen Vorteil des betroffenen Stadtbezirksrats hervor. Sie kann allerdings auch die Bedenken der Anwohnenden nachvollziehen.

Auf ihre Nachfrage hin teilt Stadtbaurat Leuer mit, dass kein konkreter Zeitpunkt für die Umsetzung eines interkommunalen Gewerbegebiets auf der dafür vorgesehenen Fläche benennbar ist. Er hebt allerdings hervor, dass die Fläche aufgrund ihrer einzigartigen Anbindungsmöglichkeiten (Kanal, Schiene, Autobahn) als Zukunftspotential erhalten bleiben sollte.

Ratsherr Wirtz weist darauf hin, dass seine Partei sich dafür eingesetzt hat, dass ein Abstand von 1.000 m einzuhalten ist. Er spricht sich dafür aus, dass die WEA auf dem vom Stadtbezirksrat vorgeschlagenen Standort errichtet werden.

Auf Nachfrage von Frau Dr. Goclik zum vorgeschriebenen Abstand zur Bebauung im Industriegebiet teilt Stadtbaurat Leuer mit, dass die Abstandsregel von 1.000 m in diesem Fall keine Anwendung findet. Die Genehmigungslage muss dann im Einzelfall geprüft werden. Der Annahme von Frau Dr. Goclik, dass im Falle einer Errichtung der WEA außerhalb der ausgewiesenen Fläche neue Artenschutzfassungen erfolgen müssen, stimmt Stadtbaurat Leuer zu.

Ratsfrau von Gronefeld bezieht sich auf den Stadtbezirksrat 222, der einen Antrag auf Vorlage der Prüfgutachten nach dem Umweltinformationsgesetz gestellt hat und bittet um deren Vorlage bis zur nächsten Sitzung.

Auf ihre erneute Bitte um genauere Prüfung des vorgeschlagenen Standorts auf der Fläche des interkommunalen Gewerbegebiets teilt Stadtbaurat Leuer mit, dass die Thematik noch einmal geprüft wird und ggf. eine Ergänzung zur nächsten Sitzung vorgelegt wird.

Ratsherr Behrens ist der Meinung, dass dieser Ausschuss die ganze Stadt in seiner Abwägung betrachten sollte und daher auch, wenn nötig, die Fläche für ein mögliches interkommunales Industriegebiet sichern sollte. Dennoch möchte er wissen, welche Einschränkungen die dortige Errichtung der WEA für das Gewerbegebiet tatsächlich mit sich bringen würde. Darüber hinaus fragt er, ob sich die Landwind GmbH überhaupt auf einen anderen Standort einlassen würde.

Stadtbaurat Leuer sichert eine Weitergabe der Fragen an die Genehmigungsbehörde zu.

Protokollnotiz: Ratsherr Volkmann verlässt um 17:57 Uhr die Sitzung.

Ratsherr Kühn ist der Meinung, dass sich die Landwind GmbH ungeachtet eines möglichen Beschlusses zur Errichtung der WEA auf der Fläche des interkommunalen Gewerbegebiets durchsetzen könnte. Er fragt nach, ob die Errichtung von WEA im Industriegebiet zulässig wäre.

Stadtbaurat Leuer erinnert an den Sachstand und zeigt auf, welche Handlungsmöglichkeiten aktuell bestehen. Nach dem geltenden Regionalen Raumordnungsprogramm (RROP) kann die Stadt Braunschweig keine weiteren Flächen eigenständig ausweisen. Nach dem neuen RROP, welches voraussichtlich 2027 in Kraft tritt, wäre die Ausweisung neuer Windenergieflächen über die städtische Bauleitplanung laut aktuellem Kenntnisstand möglich.

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Kühn lässt über Antrag auf Zurückstellen abstimmen.

Beschluss:

~~Der Erweiterung des Flächennutzungs- und Bebauungsplans für die städtische Liegenschaft westlich der Bahntrasse (Beddinger Bahnhof), um dort die Errichtung von vier Windkraftanlagen zu ermöglichen, wird nicht stattgegeben.~~

Abstimmungsergebnis (zum Antrag auf Zurückstellen):

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

Ergebnis:

Die Stellungnahme 25-25756-01 wird zur Kenntnis genommen.

4.2. Bericht Gestaltungsbeirat: 1. - 3. Sitzung

25-25702

Frau Froberg berichtet über die ersten drei Sitzungen des Gestaltungsbeirats anhand einer Präsentation. Sie geht dabei u. a. auf die Zusammensetzung des Gremiums und auf Schwerpunktthemen der ersten Sitzungen ein.

Ergebnis:

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

4.3. Mündliche Mitteilungen

Stadtbaurat Leuer informiert über das Projekt im Gartenkamp 1 und 2, bei dem die Harms Lenz Barsinghausen GmbH & Co. KG zwei Mehrfamilienhäuser mit 100 % sozialem Wohnungsbau geplant hat.

Vorbehaltlich der Bewilligung des Förderdarlehens des Landes Niedersachsen wurde mit Beschluss des Ausschusses für Finanzen, Personal und Digitalisierung vom 05.09.2024 (Drs-Nr. 24-23765) ein Zuschuss im Rahmen der kommunalen Wohnraumförderung i. H. v. bis zu 387.500 Euro für das Projekt gewährt.

Das Bauvorhaben soll indessen von einem anderen Investor mit denselben Parametern umgesetzt werden. Es gab bereits Gespräche mit dem neuen Investor. Da der bestehende Beschluss auf die Harms Lenz Barsinghausen GmbH & Co. KG bezogen war, wird die Verwaltung den Gremien zu gegebener Zeit einen geänderten Beschluss vorlegen.

Ergebnis:

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Beschluss:

1. Nach Feststellung der Vollständigkeit und Richtigkeit gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG des Jahresabschlusses 2021 durch den Oberbürgermeister sowie der Jahresabschlüsse 2021 der Sonderrechnungen Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft durch Herrn Ersten Stadtrat Geiger und des Jahresabschlusses 2021 des Fachbereiches Hochbau und Gebäudemanagement durch Herrn Stadtrat Herlitschke und aufgrund des Prüfungsvermerkes des Rechnungsprüfungsamtes im Schlussbericht für das Haushaltsjahr 2021 wird der Jahresabschluss 2021 beschlossen.

2. Im Rahmen des Beschlusses über den Jahresabschluss 2021 werden folgende Genehmigungen erteilt:

2.1 Der Jahresfehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr 2021 in Höhe von 16.304.667,78 € wird nach § 24 Abs.1 KomHKVO in Höhe des Überschusses des außerordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung in Höhe von 7.675.909,69 € gedeckt.

Der danach verbleibende Fehlbetrag in Höhe von 8.628.758,09 € wird auf Rechnung des Haushaltsjahres 2022 vorgetragen und nach § 182 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 NKomVG, auch in Verbindung mit § 182 Abs. 5 NKomVG in der Bilanz auf der Passivseite als Fehlbetrag aus Vorjahren ausgewiesen

2.2 Der Jahresüberschuss des ordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement für das Haushaltsjahr 2021 in Höhe von 2.249.518,16 € wird auf Rechnung des Haushaltsjahres 2022 vorgetragen und gemäß § 110 Abs. 6 NKomVG der gemäß § 123 Abs. 1 Ziffer 1 NKomVG zu bildenden Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt. Daraus ergibt sich ein neuer Bestand der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 3.894.239,80 €.

Der Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement für das Haushaltsjahr 2021 in Höhe von 395.742,25 € wird gemäß § 110 Abs. 6 NKomVG auf Rechnung des Haushaltsjahres 2022 vorgetragen und der gemäß § 123 Abs. 1 Ziffer 2 NKomVG zu bildenden Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt. Daraus ergibt sich ein neuer Bestand der Überschussrücklage des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 1.765.194,16 €.

2.3 Der Jahresüberschuss des ordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Stadtentwässerung für das Haushaltsjahr 2021 in Höhe von 3.552.090,73 € wird auf die Rechnung des Haushaltsjahres 2022 vorgetragen. Der Fehlbetrag im Gebührenbereich in Höhe von 92.288,50 € wird dem nach § 55 KomHKVO zu bildenden Sonderposten Gebührenaussgleich entnommen. Damit ergibt sich ein neuer Bestand des Sonderpostens Gebührenaussgleich in Höhe von 13.444.608,66 €. Der Überschuss im neutralen Bereich in Höhe von 3.644.379,23 € wird gemäß § 110 Abs. 6 NKomVG der gemäß § 123 Abs. 1 Ziffer 1 NKomVG zu bildenden Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt. Daraus ergibt sich ein neuer Bestand der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 3.644.379,23 €.

Der Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Stadtentwässerung für das Haushaltsjahr 2021 in Höhe von 11.118,47 € wird auf die Rechnung des Haushaltsjahres 2022 vorgetragen. Der Betrag wird gemäß § 110 Abs. 6 NKomVG der gemäß § 123 Abs. 1 Ziffer 1 NKomVG zu bildenden Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt. Daraus ergibt sich ein neuer Bestand der Rücklage aus Überschüssen des au-

ßerordentlichen Ergebnisses in Höhe 11.118,47 €.

- 2.4 Der Jahresfehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Abfallwirtschaft für das Haushaltsjahr 2021 in Höhe von 176.393,75 € wird auf Rechnung des Haushaltsjahres 2022 vorgetragen. Der Überschuss im Gebührenbereich in Höhe von 218.384,71 € wird dem nach § 55 KomHKVO zu bildenden Sonderposten Gebührenaussgleich zugeführt. Damit ergibt sich ein neuer Bestand des Sonderpostens Gebührenaussgleich in Höhe von 5.842.582,82 €. Der Fehlbetrag im neutralen Bereich in Höhe von 394.778,46 € wird aus der hierfür nach § 123 Abs. 1 Satz 2 NKomVG gebildeten Sonstigen Rücklage entnommen.

Der Jahresfehlbetrag des außerordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Abfallwirtschaft für das Haushaltsjahr 2021 in Höhe von 6.392,22 € wird auf Rechnung des Haushaltsjahres 2022 vorgetragen. Der Fehlbetrag wird aus der hierfür nach § 123 Abs. 1 Satz 2 NKomVG gebildeten Sonstigen Rücklage entnommen. Damit verbleibt in der Sonstigen Rücklage ein Betrag in Höhe von 7.627.987,81 €.

Abstimmungsergebnis (Empfehlung an den VA und Rat):

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

- | | | |
|----|--|-----------------|
| 6. | 163. Änderung des Flächennutzungsplanes "Friedhof Weststadt" Stadtgebiet zwischen der Straße Am Lehmanager, Rudolph-Steiner-Straße, A 391 und Kleingartenverein Lehmanager Behandlung der Stellungnahmen, Planbeschluss | 25-25409 |
| 7. | Bebauungsplan "Friedhof Weststadt", WI 114 Stadtgebiet zwischen der Straße Am Lehmanager, Rudolph-Steiner-Straße, A 391 und Kleingartenverein Lehmanager Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss | 25-25283 |

Auf Vorschlag des Ausschussvorsitzenden Ratsherrn Kühn werden die Vorlagen 25-25409 und 25-25283 zusammen behandelt.

Stadtbaurat Leuer führt in die Vorlagen ein.

Ratsfrau Mundlos geht auf die Erreichbarkeit des Friedhofs ein, die im Vorfeld zu Beschwerden führte. Sie hebt allerdings hervor, dass die Antworten der Verwaltung für sie vollumfänglich nachvollziehbar sind und sichert die Zustimmung ihrer Fraktion zu.

Ausschussvorsitzender Ratsherr Kühn lässt nacheinander über die Vorlagen 25-25409 und 25-25283 abstimmen.

Beschluss zu Vorlage 25-25409:

- "1. Die während der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB, sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen sind entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung gemäß der Anlage Nr. 3 zu behandeln.
2. Die 163. Änderung des Flächennutzungsplanes „Friedhof Weststadt“ wird in der während der Sitzung ausgehängten Fassung beschlossen.
3. Die zugehörige Begründung mit Umweltbericht wird beschlossen."

Abstimmungsergebnis zu Vorlage 25-25409 (Empfehlung an den VA und Rat):

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

1. Die während der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB und gemäß § 4 a (3) BauGB eingegangenen Stellungnahmen sind entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung gemäß den Anlagen 6 und 7 zu behandeln.
2. Der Bebauungsplan „Friedhof Weststadt“, WI 114, wird in der während der Sitzung ausgehängten Fassung gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen.
3. Die zugehörige Begründung mit Umweltbericht wird beschlossen."

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

8.	Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Sackringviertel", AP 27 Stadtgebiet zwischen Sackring, Bruderstieg, Marenholtzstraße und Tuckermannstraße Aufstellungsbeschluss	25-25509
----	---	-----------------

Ratsfrau Johannes hebt positiv hervor, dass die Braunschweiger Baugenossenschaft (BBG) im Stadtbezirksrat alle offenen Fragen beantwortet hat.

Ratsfrau Kluth teilt mit, dass ein Link zur Seite der BBG im Vorlagentext komfortabel gewesen wäre, um die weiteren Unterlagen sicherer zu finden. Grundsätzlich drückt Sie jedoch Ihre Zustimmung zur Vorlage aus.

Auf Nachfrage von Frau Dr. Goclik zu den Bestandsgebäuden, teilt Stadtbaurat Leuer mit, dass ein Großteil (ca. 90 %) dieser Gebäude bestehen bleiben soll.

Ratsfrau Mundlos zeigt sich erfreut darüber, dass die BBG den MieterInnen für die Umsetzung alternativen Wohnraum zur Verfügung stellt.

"Für das im Betreff genannte und in Anlage 2 dargestellte Stadtgebiet wird die Aufstellung des Bebauungsplanes mit örtlicher Bauvorschrift „Sackringviertel“, AP 27 beschlossen."

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

10.	Fördergebiet "Soziale Stadt - Donauviertel" Ausbau des Verbindungsweges zwischen der Donaustraße und Im Wasserkamp	25-25417
-----	---	-----------------

Auf Nachfrage von Frau Dr. Goclik zum Baumbestand versichert Stadtbaurat Leuer den sensiblen Umgang mit Bestandsbäumen und teilt mit, dass ihm nicht bekannt ist, dass Bäume für den Verbindungsweg gefällt werden müssen.

Protokollnotiz: Ratsfrau Kluth verlässt um 18:32 Uhr die Sitzung.

„Dem Ausbau des Verbindungsweges zwischen der Donaustraße und Im Wasserkamp in Höhe von 315.000 Euro wird zugestimmt.“

dafür: 8 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

12. Sanierungsgebiet Soziale Stadt - Westliches Ringgebiet: Baumpflanzungen auf Spielplätzen

25-25484

Frau Dr. Goclik regt an, anstelle von sogenannten Klimabäumen, heimische Baumarten wie den Feldahorn oder die Elsbeere in Betracht zu ziehen, welche ebenfalls Wärme und Trockenheit vertragen.

Protokollnotiz: Ratsfrau Kluth nimmt ab 18:34 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Beschluss:

„Der Pflanzung von drei Bäumen für die Aufwertung von Spielplätzen wird entsprechend der als Anlagen beigefügten Standortpläne zugestimmt. Die Gesamtkosten belaufen sich auf rd. 5.400 Euro (brutto). Diese Kosten werden aus Mitteln der Städtebauförderung finanziert, wobei 1/3 dieser Kosten als Eigenanteil bei der Stadt Braunschweig verbleiben (1.800 Euro).“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

13. Vereinsgebäude Sportanlage Meverode, Teilsanierung Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss

25-25667

Herr Franke führt in die Vorlage 25-25667 ein.

Ratsherr Kühn teilt mit, dass am Tag vor der Sitzung dieses Ausschusses ein Gespräch zwischen dem Vorsitzenden des Sportausschusses und dem Vorsitzenden des Kreisschützenverbandes stattgefunden hat. Darin soll der Vorsitzende des Kreisschützenverbandes bestätigt haben, dass der Entfall der Kleinkaliberanlage hinnehmbar sei, da diese bereits seit acht Jahren nicht genutzt wird und die SportlerInnen bei anderen Vereinen trainieren können.

Ratsfrau Mundlos weist darauf hin, dass ihr Schreiben des Kreisschützenverbandes und des Vorsitzenden des SVG Hubertus Meverode e.V. vorliegen, die gegenteiliges behaupten. Vor diesem Hintergrund stellt sie einen Antrag auf Zurückstellen der Vorlage, um die von Ratsherrn Kühn vorgetragenen Informationen mit dem Verein zu besprechen.

Stadtbaurat Leuer schlägt vor, die Thematik in der Sitzung dieses Ausschusses am 23.05.2025 zu behandeln.

Ausschussvorsitzender Ratsherr Kühn lässt über den Antrag auf Zurückstellen abstimmen.

Beschluss:

~~Dem o. a. Bauvorhaben wird gemäß den Plänen vom 16.04.2025 zugestimmt.~~

~~Die Gesamtkosten – einschl. der Eigenleistung des Fachbereiches Gebäudemanagement und eines Zuschlags für Unvorhergesehenes – werden aufgrund der Kostenberechnung vom 16.04.2025 auf 1.049.500 € festgestellt (1. BA: Trockenlegung des Kellers; 2. BA: Sanierungsmaßnahmen im Erdgeschoss).~~

Abstimmungsergebnis (zum Antrag auf Zurückstellen):

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

- 14. Auftragserweiterung Gymnasium Kleine Burg, 2. BA Brandschutzsanierung durch eine Maßnahmenenerweiterung für eine bessere Entfluchtung, Barrierefreiheit und Raumnutzung hier: Kostenerhöhung** **25-25655**

Herr Franke führt in die Vorlage 25-25655 ein.

Beschluss:

Die Maßnahmenenerweiterung durch Integration weiterer Brandschutzmaßnahmen und funktionaler Raumoptimierungen führt zu einer Kostenerhöhung, die sich gegenüber der Kostenberechnung vom 10.02.2025 ergibt. Diese wird mit 662.500 € festgestellt. Die neuen Gesamtkosten betragen somit 1.434.700 €.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

- 15. Naumburgstraße, Erneuerung des Versorgungsnetzes (Fernwärme, Trinkwasser, Elektro) Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss** **25-25627**

Frau Langer führt in die Vorlage 25-25627 ein.

Protokollnotiz: Ratsfrau Hahn verlässt um 18:46 Uhr die Sitzung.

Beschluss:

Dem o. a. Bauvorhaben wird gemäß den Plänen vom 31.03.2025 zugestimmt.

Die Gesamtkosten - einschl. der Eigenleistung des Referats Hochbau und eines Zuschlags für Unvorhergesehenes - werden aufgrund der Kostenberechnung vom 07.04.2025 auf 3.756.000 € festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 8 dagegen: 0 Enthaltungen: 1

- 16. Sanierungsgebiet "Soziale Stadt - Westliches Ringgebiet" - Ersatzgebäude Westbahnhof 1 Mütterzentrum Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss** **25-25707**

Frau Langer führt in die Vorlage 25-25707 ein.

Protokollnotiz: Ratsfrau Hahn nimmt ab 18:51 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Ratsfrau Johannes begrüßt die Vorlage. Auf ihre Nachfrage nach der Möglichkeit von Fassaden- oder Dachbegrünung teilt Frau Langer mit, dass dies u. a. schwierig ist, weil das kleine Gebäude dadurch schnell überfrachtet wird.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Arning zum Secondhand Laden im bestehenden Mütterzentrum, wird ihr aus dem Ausschuss mitgeteilt, dass dieser bestehen bleibt.

Protokollnotiz: Ratsfrau Mundlos verlässt um 18:55 Uhr die Sitzung.

Beschluss:

Dem o. a. Investitionsvorhaben wird gemäß den Plänen vom 25.03.2025 zugestimmt.

Die Gesamtkosten - einschl. der Eigenleistung des Referats Hochbau und eines Zuschlags für Unvorhergesehenes - werden aufgrund der Kostenberechnung vom 17.04.2025 auf 3,2

Mio. EUR festgestellt. Davon werden 3,0 Mio. EUR aus Städtebaufördermitteln finanziert, gefördert zu zwei Dritteln vom Bund und Land Niedersachsen, ein Drittel verbleibt als städtischer Eigenanteil (1 Mio. EUR). Die Stadt beteiligt sich zusätzlich mit 200.000 EUR, so dass der städtische Anteil an den Gesamtkosten insgesamt 1,2 Mio. EUR beträgt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 8 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

17. Anfragen

17.1. Sanierung und Umbau Altgebäude GS Querum - eine Chance für die IGS Querum? **25-25504**

17.1.1.Sanierung und Umbau Altgebäude GS Querum - eine Chance für die IGS Querum? **25-25504-01**

Ergebnis:

Die Stellungnahme 25-25504-01 wird zur Kenntnis genommen.

17.2. Sanierung der Tiefgarage Packhof **25-25744**

17.2.1.Sanierung der Tiefgarage Packhof **25-25744-01**

Protokollnotiz: Ratsfrau Mundlos nimmt ab 18:57 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Auf die Nachfrage von Ratsherrn Behrens, warum nicht bereits der gesamte zukünftige Bedarf an Ladeinfrastruktur im Rahmen der Renovierung umgesetzt wird, erklärt Frau Langer, dass es nicht wirtschaftlich ist, diese zusätzlichen Anforderungen in ein laufendes Projekt einfließen zu lassen. Es handelt sich bei der Renovierung nicht um eine umfängliche Sanierung, sondern lediglich um den Austausch von technischen Anlagen.

Ratsherr Kühn und Stadtbaurat Leuer weisen zudem darauf hin, dass auch trotz der Steigerung des Anteils an Elektromobilität ein Großteil der Ladevorgänge weiterhin im heimischen Bereich stattfindet. Zudem werden zusätzliche Lademöglichkeiten, wie das Laternenladen, entwickelt.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 25-25744-01 wird zur Kenntnis genommen.

17.3. Risiken und offene Fragen beim Projekt Stiftshöfe/Burgpassage **25-25534**

17.3.1.Risiken und offene Fragen beim Projekt Stiftshöfe/Burgpassage **25-25534-01**

Ergebnis:

Die Stellungnahme 25-25534-01 wird zur Kenntnis genommen.

17.4. Erweiterung der Räumlichkeiten der Heimatpfleger **25-25755**

17.4.1.Erweiterung der Räumlichkeiten der Heimatpfleger **25-25755-01**

Ergebnis:

Die Stellungnahme 25-25755-01 wird zur Kenntnis genommen.

17.6. Mündliche Anfragen

17.6.1

Ratsfrau von Gronefeld stellt eine mündliche Anfrage zum Sachstand des Baugebiets „Living Q“ in Querum. Neben einer zeitlichen Einordnung bittet sie um Auskunft zur verkehrlichen Erschließung des Baugebiets.

Herr Schmidbauer bittet um Verständnis dafür, dass aufgrund eines laufenden gerichtlichen Verfahrens mit der Entwicklungsgesellschaft keine Auskunft zum ersten Teil der Frage erteilt werden kann. Er teilt mit, dass die verkehrliche Erschließung im Bebauungsplanverfahren untersucht wurde. Der nördliche und mittlere Teil der Bebauung soll über die Dibbesdorfer Straße erschlossen werden. Für den südlichen und östlichen Bereich ist die Erschließung über den Farnweg und die Volkmaroder Straße geplant. Eine Durchfahrbarkeit ist dabei ausdrücklich nicht vorgesehen (bis auf Rettungsfahrzeuge).

In der Zeit von 19:06 Uhr bis 19:11 Uhr findet die Einwohnerfragestunde statt. Anschließend wird die Sitzung mit der Eröffnung des nichtöffentlichen Teils der Sitzung fortgesetzt.

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Kühn schließt die Sitzung um 19:20 Uhr.

gez. Kühn
Kühn
- Vorsitz -

gez. Leuer
Leuer
- Stadtbaurat -

gez. Becker
Becker
- Schriftführung -